

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Wolfgang Reinhard

**Die Expansivität Europas
und ihre Folgen**

Discussion Paper

**C247
2018**

Wolfgang Reinhard ist Professor emeritus für Neuere Geschichte der Universität Freiburg und kooptierter Fellow des Max-Weber-Kollegs Erfurt. Er studierte Geschichte, Anglistik und Geographie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. 1963 promovierte er in Freiburg und war zunächst im Schuldienst tätig. Von 1966 bis 1973 war er Forschungsstipendiat (bis 1970 in Rom). Nach seiner Habilitation in Freiburg 1973 war er Professor in Augsburg, 1977 bis 1986 für Geschichte der Frühen Neuzeit, nach einem abgelehnten Ruf an die Emory University (Atlanta) 1986 bis 1990 für Neuere und Außereuropäische Geschichte. Von 1990 bis zu seiner Emeritierung 2002 lehrte er als Professor für Neuere Geschichte in Freiburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische Anthropologie, Europa im 16./17. Jahrhundert, die Geschichte des modernen Staates und die Geschichte der europäischen Expansion. 2001 erhielt er den Preis des Historischen Kollegs, 2012 das Ehrendoktorat der Universität Konstanz. Er ist Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der British Academy.

Wolfgang Reinhard

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

I. Expansivität

Expansivität ist der Inbegriff Europas. Frei nach Descartes hätte Europa immer von sich sagen können: *Ich expandiere, also bin ich*. Denn (1) seine Begründung, (2) sein Aufstieg und (3) seine Gegenwart stehen gleichermaßen im Zeichen von Expansion. Ohne Expansion würde es überhaupt nicht existieren.

1. Europa entstand gleichsam aus dem Nichts, das heißt ohne vorgegebenes geographisches, ethnisches oder kulturelles Substrat. Es entstand durch drei verschiedene Expansionen, die im Ergebnis konvergierten. Dieses Ergebnis wurde Europa. Aus der Sicht von Angehörigen östlicher Hochkulturen ist der Anspruch dieses westlichen Anhängsels Asiens, ein Kontinent wie Asien, Afrika und Amerika zu sein, nichts als typisch europäische Anmaßung. Denn dieses Sammelsurium von Inseln, Halbinseln und Flusslandschaften war keine naturgeographische Einheit wie Indien oder China. Und seine Bevölkerung bildete ursprünglich auch keine ethnischen, sprachlichen und kulturellen Blöcke wie die Nord- oder Süd-Indier und die Han-Chinesen.

Doch dann expandierte das Imperium Romanum, das die antike Kultur des Mittelmeerraums in sich gesammelt hatte, in den Westen dieses Raumes und prägte ihn kulturell. Anschließend expandierten so genannte „Barbarenvölker“ verschiedener Herkunft ihrerseits in dieses Imperium hinein, wobei die meisten von ihnen zugrunde gingen und auch die Westhälfte des Imperiums auf der Strecke blieb. Aber nördlich der Alpen entstand unter fränkischer Führung eine Synthese von Ergebnissen dieser

Wolfgang Reinhard

beiden Expansionen. Dazu kam als Drittes die erfolgreiche missionarische Expansion der römischen Kirche dorthin. Aus dieser Mischung entstand *Die Christenheit oder Europa* (Novalis).

Allerdings von Anfang an in Konkurrenz mit der Expansion einer zweiten Christenheit, der griechisch-, später vor allem russisch-orthodoxen, die vom weiterbestehenden Ostrom Byzanz ausging. Noch heute weht vor orthodoxen Kirchen das Banner mit dem doppelköpfigen Adler des byzantinischen Kaisers und des russischen Zaren. In Mähren und auf dem Balkan trafen beide Missionen schon früh aufeinander. Obwohl später, seit dem 18. Jahrhundert, die expandierende Modernisierung westeuropäischen Ursprungs auch Russland und den Osten geprägt hat, wurde der weiterbestehende Gegensatz beim Zerfall Jugoslawiens erschreckend deutlich. Die kulturelle Grenze zwischen Finnland, dem Baltikum, Polen, Ungarn, Slowenien und Kroatien auf der einen Seite, Russland, Weißrussland, Rumänien, Serbien auf der anderen besteht nach wie vor. Und die Frage, ob die Völker und Länder östlich dieser Linie zu Europa gehören wollen und sollen, ist heute weniger denn je einfach zu beantworten.

2. *Lateineuropa* westlich davon hatte seinen Aufstieg noch nicht einmal richtig begonnen, als seine erste Expansionswelle bereits die Welt der russischen Ströme erfasste. Die skandinavischen Wikinger, um die es geht, waren noch Heiden, als sie die ersten russischen Fürstentümer gründeten und schließlich doch nicht lateinische, sondern orthodoxe Christen wurden. Im Westen fielen sie nicht nur über die Britischen Inseln her, sondern gelangten auch nach Island, Grönland und als erste Europäer nach Nordamerika.

Eine zweite, langfristige Expansionswelle schob die festländischen Grenzen Lateineuropas weiter nach Osten vor. Sie ging vom Reich aus, das zunächst militärisch, politisch und kirchlich über Elbe und Saale hinausgriff. Als die Bevölkerung Europas sich verdreifacht hatte, folgte im Hochmittelalter die Ostsiedlung, die auch das Baltikum, Preußen, Polen und Ungarn erfasste. Denn auch die dortigen Herrscher fanden es ausgesprochen nützlich, Einwanderer aus dem Reich nach deutschem Recht

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

anzusiedeln. Man kann durchaus eine Kontinuität zum späteren kulturellen Einfluss des Westens konstruieren, der in der erwähnten „Europäisierung“ Russlands gipfeln sollte. Wenn man den früher üblichen Begriff „deutsche Ostkolonisation“ verwenden möchte, dann könnte man die massenweise Vertreibung der Deutschen aus dem Osten nach dem Zweiten Weltkrieg sogar als eine Dekolonisation verstehen.

Parallel dazu begannen die Kreuzzüge als dritte Welle. Angesichts der maßgebenden Beteiligung von Franzosen können auch sie als Reaktion auf den Bevölkerungsdruck gedeutet werden, der über See auswich, weil Ostexpansion über Land nicht möglich war. Aber hier tritt auch jene Verbindung von missionarischer Aggressivität mit politischer Aggressivität auf, die in der europäischen Expansion hinfort eine große Rolle spielen sollte. Im 19. und 20. Jahrhundert wollte Europa dem Rest der Welt dann allerdings nicht mehr die wahre Religion, sondern die wahre Zivilisation bringen.

Wirtschaftliche Aggressivität, ein weiterer Antrieb europäischer Expansivität, kennzeichnet die vierte Welle, die eng verschränkt mit der dritten begann, aber jene bald hinter sich lassen sollte. Gemeint ist das expandierende Welthandelssystem der südeuropäischen, insbesondere der italienischen Städte. Sie transportierten die Kreuzfahrer, machten mit ihnen zusammen Beute und ließen sich in den kolonialen Fürstentümern nieder, die Kreuzfahrer in Palästina und Syrien gegründet hatten. Doch als die Kreuzzüge gescheitert waren und jene Herrschaften wieder verschwanden, blühte der Handel dieser Städte erst richtig auf. Sie hatten nämlich Anschluss an das Austauschsystem des Indischen Ozeans und der Chinesischen Meere gefunden. Im 13. Jahrhundert reichte der italienische Welthandel von Grönland bis nach China. Marco Polo war eher ein Regelfall und eine Ausnahme nur insofern, als seine Erfahrungen schriftlich festgehalten wurden.

Auch die Krise des 14. Jahrhunderts, die wir mit dem Schwarzen Tod, der Pest, verbinden, führt nicht zum völligen Zusammenbruch dieses Systems. Ägypter und Osmanen haben Europas Asienhandel nicht etwa unterbrochen, sondern aus seiner Kontrolle erhebliche Einnahmen bezogen.

Wolfgang Reinhard

Doch während Venedig mit ihnen Geschäfte machte, stieß seine Rivalin Genua auf Schwierigkeiten und suchte nach Alternativen. Diese fanden sich im Westen, in der Zusammenarbeit mit Aragonesen, Portugiesen und Kastiliern. Gemeinsam ging man an die Erschließung der atlantischen Inseln und afrikanischen Küsten. Damit begann ganz allmählich die fünfte und letzte, die große europäische Expansion zwischen dem 15. Jahrhundert und dem zweiten Weltkrieg¹. Während die Portugiesen sich an der afrikanischen Küsten entlangtasteten und so schließlich auch den Seeweg nach Indien fanden, versuchten es die davon ausgeschlossenen Kastilier im Westen und entdeckten dabei eine neue Welt. Es ist sehr bezeichnend, dass ein Genuese in kastilischen Diensten, der ursprünglich im portugiesischen Atlantik zuhause gewesen war, diese Leistung vollbrachte.

In diesem Milieu wurden neue Methoden der Navigation und neue Schiffstypen entwickelt. Später kam die Schiffsartillerie hinzu, auf der lange Zeit die europäische Überlegenheit zur See beruhen sollte. Die Italiener hatten die Personengesellschaft, bisweilen bereits mit Versicherung, zur Finanzierung von Expeditionen und zur Verwaltung von Kolonien eingebracht. Bei den Niederländern wurde die Aktiengesellschaft daraus, die noch im 19. Jahrhundert als Träger von Kolonien tätig war. Außerdem betrieben die Italiener Sklavenhandel und mit Sklaven bewirtschaftete Zuckerplantagen, woraus in Amerika ein gigantisches Sklavenwirtschaftssystem werden sollte, das vom 17. bis 19. Jahrhundert blühte.

Die große europäische Expansion lässt sich aber nicht aus einer einzigen Ursache und mit einer einzigen Theorie erklären. Es handelt sich viel eher um eine Kette kontingenter Ereignisse. Mit anderen Worten, es gibt eine ganze Reihe von *notwendigen Bedingungen* oder Voraussetzungen, aber keine allein *hinreichende Bedingung* als Auslöser. Ausgelöst wurden Expansionsaktivitäten vielmehr jeweils quasi-zufällig durch Aktivitäten von Personen oder Personengruppen. Allerdings eben nur *quasi-zufällig*, weil dafür immer bestimmte Voraussetzungen gegeben sein mussten.

1 Reinhard, Wolfgang, Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015, C.H. Beck, München, 2016.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Die Gier nach Macht und Geld bzw. entsprechenden Ressourcen bildet die elementare anthropologische Basis jeder Expansion von Menschen. Entscheidend für uns sind aber ihre spezifisch europäischen Ausprägungen. Dazu gehört als Besonderheit auch der missionarische Impuls wie er sonst nur bei Muslimen und allenfalls manchen Buddhisten auftrat. Prägend war aber bereits die Geographie, die Gliederung in zahlreiche kleine oder mittelgroße Landschaften und die enge Verbindung zum Meer, und sei es durch schiffbare Flusssysteme. Nirgendwo auf der Welt gibt es so lange Küsten im Verhältnis zur Landfläche wie in Lateineuropa. Demgemäß war seine große Expansion maritim, sein Kolonialismus Überseekolonialismus, der auf Überlegenheit zur See beruhte. Diese geographische Struktur passt perfekt zu dem dezentralen politischen System von rivalisierenden Fürsten und Adeligen, das die so genannten Barbaren begründet haben. Nach Karl dem Großen hat niemand mehr Europa zu einem einzigen Reich machen können, kein Karl V., kein Napoleon und kein Hitler.

Politische Konkurrenz war umgekehrt sogar oft genug Antrieb für die Expansion, und zwar mehr denn je, als aus den unzähligen Herrschaften seit dem 18. Jahrhundert moderne Staaten geworden waren. Dieser moderne Staat, den die Europäer infolge ihrer dauernden Rivalität erfunden haben, ist das machtvollste Gebilde, das Menschen jemals zustande gebracht haben. In der Endphase der großen Expansion war ihm weltweit niemand mehr gewachsen, auch nicht ein so machtvolles Imperium wie China. Seine Macht beruhte auf der Symbiose mit der besonderen Form kapitalistischer Marktwirtschaft, die sich in den autonomen Städten Lateineuropas ausbildete. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese Symbiose mit der Erfindung des modernen Staatskredits im England des 18. Jahrhunderts². Der Weg führte vom Handelskapitalismus zum industriellen und zum Finanzkapitalismus. Anderswo gab es zwar ebenfalls Städte, aber keine städtische Autonomie, gab es zwar Kapitalisten und Kreditwirtschaft, aber keinen Staatskredit.

2 Reinhard, Wolfgang, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Aufl., C.H. Beck, München, 2002; Reinhard, Wolfgang, Staatsmacht und Staatskredit. Kulturelle Tradition und politische Moderne, Universitätsverlag Winter GmbH Heidelberg, Heidelberg, 2017.

Weniger eindeutig ist der Befund hinsichtlich mentaler Voraussetzungen, die über den missionarischen Impuls hinausgehen. Haben sich die Europäer dank ihres antiken Erbes von anderen durch besondere Neugier unterschieden, die einen hoch entwickelten Sinn für praktische Nutzenanwendung einschloss? Waren dies die Wurzeln der empirischen Naturwissenschaften und der industriellen Technologie? Haben die Europäer durch tausend Jahren Übersetzen aus den Sprachen der Antike, wo ihre kulturellen und religiösen Ursprünge lagen, besondere hermeneutische Kompetenz entwickelt, die sie neben der brachialen auch zur mentalen Überwältigung anderer Kulturen befähigte?

Bereits hier sollten wir festhalten, dass Europa zwar anders, deswegen aber nicht ohne weiteres schon „besser“ war als andere Kulturen. Es wurde nur mächtiger. Allerdings ist es meines Erachtens keineswegs sicher, dass Europas „Alleinstellungsmerkmale“, die von Leuten wie Douglass C. North³, Eric L. Jones⁴ und Michael Mitterauer⁵ identifiziert wurden, sämtliche auch zu seiner vorübergehenden Übermacht beigetragen haben. Doch – wie dem auch sei – Macht korrumpiert bekanntlich nicht nur Individuen. Möglicherweise war das Leben einer beschaulichen Kultur und Religion menschlicher und glücklicher als dasjenige einer expansiven. Mit Börsengewinnen, Kalaschnikows und Atombomben ist man kein besserer, kein menschlicherer Mensch als mit Pfeil und Bogen.

In Asien konnte bis Mitte des 18. Jahrhunderts von Übermacht ohnehin nicht die Rede sein. Die Europäer mochten zur See überlegen sein, aber den Ton gaben die einheimischen Mächte an. So kam es nur zu einem System von mehr oder weniger nur geduldeten *Stützpunkt-Kolonien* am Indischen Ozean und den Chinesischen Meeren für den Handel mit Asiens Luxusprodukten: Gewürzen, Textilien, Porzellan, Tee und Kaffee. Es handelte sich um ein Welthandelssystem, das allerdings gesamtwirtschaftlich für Europa zunächst keine große Bedeutung hatte. Von den

3 North, Douglass C./Thomas, Robert P., *The Rise of the Western World*, Cambridge University Press, 1987.

4 Jones, Eric L., *The European Miracle. Environments, Economics and Geopolitics in the History of Europe and Asia*, 2. Aufl., Cambridge University Press, 1987.

5 Mitterauer, Michael, *Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs*, C.H. Beck, München, 2003.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Portugiesen gegründet, wurde es von den Niederländern und Briten übernommen. Erst im 18. Jahrhundert hatten sich die Machtverhältnisse in Indien so verändert, dass es zur britischen Eroberung kommen konnte. Und erst im 19. Jahrhundert konnten die Kaiserreiche China und Japan für den westlichen Welthandel geöffnet werden.

Das Welthandelssystem schloss früh auch das neu entdeckte Amerika ein, denn die transatlantischen, transpazifischen und transasiatischen Silberströme aus dem spanischen Peru und Mexiko waren seine Grundlage. Die Spanier hatten die einheimischen Reiche unterworfen und eine Mischung aus *Herrschafts-* und *Siedlungskolonie* errichtet, die auf der Arbeitsleistung der *Indigenas* beruhte – soweit diese den Kulturschock mit seinen Infektionskrankheiten überlebt hatten. In Nordamerika hingegen handelte es sich um reine *Siedlungskolonien*. Vor allem die zahlreichen Bewohner der britischen Besitzungen wollten das Land selbst bewirtschaften. Die Indianer mussten verdrängt oder vernichtet werden. Zwar konnten sich alle Feinde Spaniens auf den spanischen Kolonialkritiker Bartolomé de las Casas berufen, der einen Völkermord der Konquistadoren an den Indianern behauptet hatte und in Spanien daher lange als „Nestbeschmutzer“ geächtet war. Die zahllosen gezielten Übersetzungen seiner Schrift ändern aber nichts an der Tatsache, dass der eigentliche Völkermord in den britischen Kolonien und danach in den USA stattfand⁶ (Reinhard 2001).

Das portugiesische Brasilien blieb ein Nebenschauplatz, bis es sich zum Zentrum der Zuckerplantagen mit afrikanischen Sklaven entwickelt hatte. Später wurden diese auch zur Gold- und Diamantengewinnung und zum Kaffeeanbau eingesetzt. Im 17. Jahrhundert sorgten Niederländer für die Verpflanzung dieser Plantagenwirtschaft in die Karibik. In diesem von Spanien vernachlässigten Raum, dessen Indianer weitgehend ausgestorben waren, hatten sich unterdessen die verschiedensten europäischen

6 Reinhard, Wolfgang, Eine so barbarische und grausame Nation wie diese. Die Konstruktion der Alterität Spaniens durch die Leyenda negra und ihr Nutzen für allerhand Identitäten, in: Hans-Joachim Gehrke (Hg.), Geschichtsbilder und Gründungsmythen (Identitäten und Alteritäten 7), Ergon, Würzburg, 2001, Seite 159-177.

Wolfgang Reinhard

Konkurrenten Spaniens festgesetzt. Barbados und Jamaika bei den Briten, Guadeloupe, Martinique und Saint-Domingue bei den Franzosen, später Kuba bei den Spaniern und der Süden der USA wurden Bestandteile dieser ersten Agro-Industrie der Geschichte. Millionen Sklaven hinterließen eine afro-amerikanische Bevölkerung. Dabei wurde der Sklavenhandel, in dem sich Portugiesen, Briten und Franzosen besonders hervortaten, überwiegend im Einvernehmen mit afrikanischen Lieferanten betrieben, die das Angebot kontrollierten. Deswegen kamen die Europäer auch in Afrika nur im Kapland über bloße Stützpunkte hinaus.

Zwischen 1774 und 1823 spielte sich die erste Dekolonisation ab, in der fast ganz Amerika unabhängig wurde. Allerdings standen weniger amerikanische Unabhängigkeitsbestrebungen am Anfang als Fehlentwicklungen in den Metropolen, engstirnige Kolonialpolitik in England, der Zusammenbruch der Monarchien vor Napoleon in Spanien und Portugal. Aber zu den Reaktionen auf die Französische Revolution gehört auch der Sklavenaufstand von Haiti, die erste erfolgreiche Dekolonisation von so genannten „Farbigen“.

Nach Napoleons Zusammenbruch beherrschte Großbritannien die Meere. Abgesehen von Britisch-Indien waren Kolonien unter diesen Umständen entbehrlich und eher lästig. Freihandelspolitik erwies sich als der beste Imperialismus. Nur zu Lande galt die russische Expansion als bedrohlich. Außerdem unternahm Frankreich neue Anläufe in Algerien und Indochina. Aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten weitere Konkurrenten auf, neben Frankreich und den neu geeinten Mächten Deutschland und Italien auch die USA und Japan. Infolgedessen wurden jetzt in wenigen Jahrzehnten der Rest Asiens und fast ganz Afrika unter verschiedene Kolonialmächte aufgeteilt. Japan hatte sich zu behaupten gewusst, während China, Thailand, Iran und das Osmanische Reich dank der Mächterivalität zwar formal unabhängig blieben, aber dennoch dermaßen unter fremde Kontrolle gerieten, dass sie als *Halbkolonien* bezeichnet werden. Nach dem Ersten Weltkrieg erlebten das britische und das französische Imperium durch Aufteilung der deutschen Kolonien und des Osmanischen Reiches einen letzten Wachstumsschub. Schließlich eroberte Italien für wenige Jahre noch Äthiopien.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Inzwischen hatte aber längst die antikoloniale Bewegung eingesetzt. Indien wies den Weg, vor allem nachdem Gandhi die Führung übernommen hatte. Die japanische Eroberung Südostasiens bereitete den Weg, so dass in einer ersten Welle der großen Dekolonisation bis 1954 (Indochina) bzw. 1957 (Malaiische Halbinsel) die Besitzungen in Asien unabhängig werden konnte. In Afrika gedachten die Kolonialherren zunächst erst einmal zu bleiben, leisteten der zweiten Welle aber kaum Widerstand. Diese setzte 1956 (Sudan) und 1957 (Ghana) ein und erreichte in den frühen 1960er Jahren ihren Höhepunkt. In einer dritten Welle 1975 folgten die portugiesischen Kolonien in Afrika. Eine vierte Welle ergab sich indirekt in Namibia und Südafrika aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989. Deren Auflösung war zumindest in Zentralasien und im Kaukasus auch nichts anderes als eine Dekolonisation. Allerdings ging es dort ebenso wie in Indien, Vietnam und auf der Malaiischen Halbinsel, in Algerien, Kenia und im Süden Afrikas nicht ohne blutige Konflikte ab. Doch abgesehen von einigen Restbeständen ist die europäische Expansion inzwischen zumindest politisch längst rückgängig gemacht worden und insofern nur noch Geschichte.

3. Europa hatte nämlich in seinem *zweiten Dreißigjährigen Krieg* 1914-1945 seine bis dahin trotz aller Konflikte unbestrittene kollektive weltpolitische Führungsrolle für immer verspielt. Oft genug gaben in der dritten Dekolonisation nicht mehr die Kolonialmächte, sondern die beiden Weltmächte USA und UdSSR den Ton an. Darüber hinaus spielte die neugegründete UNO eine gewichtige Rolle. Europa westlich des so genannten „eisernen Vorhangs“ hatte genug damit zu tun, mit amerikanischer Hilfe die katastrophalen Kriegsfolgen zu bewältigen. Doch bemerkenswerterweise ergab sich dabei aus Reorganisationsversuchen umgehend eine neue, ganz andere Art von europäischer Expansion, nicht mehr mit der *hard power* politisch-militärischer Übermacht wie einst, sondern kraft der *soft power* wirtschaftlicher Attraktivität.

Am Anfang stand freilich eine politische Initiative, die Gründung des Europarats durch Großbritannien, Irland, Frankreich, Italien, die drei Beneluxländer, Dänemark, Norwegen und Schweden bereits 1949, damals noch mit dem Ziel, *einen engeren Zusammenschluss unter seinen*

Wolfgang Reinhard

*Mitgliedern zu verwirklichen*⁷. Winston Churchill, der schon 1946 in Zürich spontan von einem Vereinigten Europa gesprochen hatte, war beteiligt. Allerdings sollte sein Europa nur Partner eines davon unabhängigen, nach wie vor imperialen Großbritanniens werden. Hauptsächlich steckte aber das 1948 gegründete *American Committee for a United Europe* dahinter, in dem die amerikanischen Geheimdienstchefs eine wichtige Rolle spielten. Zwar hatten bereits George Washington 1776 und Benjamin Franklin 1778 über Vereinigte Staaten von Europa geschrieben. Jetzt aber handelte es sich um eine Parallelorganisation zur kurz zuvor gegründeten NATO gegen die UdSSR. Auf der Gründungskonferenz waren alle Marshall-Plan-Empfängerländer vertreten und nicht zufällig wurden die Türkei und Griechenland trotz gegenseitiger Feindschaft die nächsten Mitglieder.

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die bisher kommunistischen Länder aufgenommen. Heute hat der Europarat 47 Mitglieder, außer Weißrussland und dem Kosovo alle europäischen Länder einschließlich der Schweiz, Russlands und sogar Moldawiens sowie der kaukasischen Staaten. Allerdings ist inzwischen hauptsächlich eine wenig verbindliche Menschenrechtsorganisation daraus geworden. Die Einigung Europas⁸ geriet in die Hände der Vorläuferorganisationen der EU, die mit dem Europarat immerhin Flagge und Hymne teilt.

Deren Ursprung war höchst pragmatisch. Das wiedererstarkende Deutschland, das man brauchte, sollte politisch durch Internationalisierung eingehegt werden. Dem diente die 1951 gegründete *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* aus den Benelux-Ländern, Frankreich, Italien und der BRD. Eine 1952 beschlossene, parallele *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* scheiterte 1954. Aber durch die *Römischen Verträge* wurden von denselben sechs Ländern 1957 eine *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* und eine *Europäische Atomgemeinschaft* geschaffen. 1967 wurden alle drei zur EWG zusammengelegt. Kohle und

7 Online unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Europarat> (Letzter Aufruf 17.01.2018).

8 Loth, Wilfried, *Europas Einigung: eine unvollendete Geschichte*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2014.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Stahl spielten nämlich keine Schlüsselrolle mehr. Jetzt wurde ein gemeinsamer Markt das Ziel, das bis 1993 erreicht werden konnte.

Nun begann die neue Art Expansion kraft wirtschaftlicher Aktivität mit der historischen Neuerung, dass nicht mehr verschiedene konkurrierende Mächte expandierten, sondern eine europäische Organisation, die bis dahin eine gewisse territoriale Analogie zum historischen Kerneuropa, dem Karolinger-Reich, aufzuweisen hatte. Man könnte das Ausscheiden Englands im Brexit von 2016 umgekehrt sogar als Schritt zu einer „Re-Karolingisierung“ Europas betrachten! Großbritannien war nach langem Widerstand de Gaulles erst 1973 zusammen mit Dänemark und Irland beigetreten. 1981 wurde Griechenland aufgenommen, 1986 folgten Spanien und Portugal, nachdem die drei Diktaturen verschwunden waren. 1995 kamen Schweden, Finnland und Österreich dazu. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gab es 2004 den „Massenbeitritt“ von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, von Ungarn und Slowenien sowie von Malta und Zypern. Für die *Europäische Union*, wie der Verband seit 1993 hieß (seit Maastricht 1992, aber als Rechtsperson bis 2009 *Europäische Gemeinschaft*) ging es um neue Märkte und um die Stärkung der post-sowjetischen Demokratie, für die betreffenden Länder um Teilhabe am westlichen Wohlstand. 2007 waren Bulgarien und Rumänien an der Reihe, 2013 Kroatien. Die „Nebenländer“ Algerien und Grönland sind mit ihrer Unabhängigkeit von Frankreich und Dänemark ausgeschieden; Norwegen, Island und die Schweiz blieben aus verschiedenen Gründen draußen.

Inzwischen hatte die Gemeinschaft ihre Zuständigkeiten ausgedehnt und sich 2004 sogar eine Verfassung gegeben, die allerdings an Plebisziten in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. Der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon läuft freilich inhaltlich auf dasselbe hinaus. Schon 1979 war mit der *European Currency Unit* (ECU) ein Währungssystem geschaffen worden, 1994 wurde die EZB errichtet, 1999 der Euro als Buchgeld, 2002 als Bargeld eingeführt. Großbritannien, Schweden, Polen, Tschechien, Ungarn, Kroatien, Rumänien, Bulgarien gehören allerdings (noch) nicht zur Eurozone, Dänemark hat eine vertragliche Wechselkursregelung, ist also faktisch beteiligt. Infolge der Kredit- und

Bankenkrise wurde die gemeinsame Geld- und Kreditpolitik gestärkt, angeblich sogar über den Vertragsrahmen von Lissabon hinaus.

Nichtsdestoweniger hat die EU die Struktur der Kohle- und Stahlgemeinschaft bis heute beibehalten: eine verhältnismäßig schwache parlamentarische Versammlung und eine Gemeinschaftsjustiz, denn es gibt ein gemeinsames Recht, eine starke, nur begrenzt parlamentarisch verantwortliche Kommission als Quasi-Regierung und einen mehrgestaltigen europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs bzw. der Fachminister als oberste Instanz. Politisch handelt es sich um eine Kumpanei der Exekutiven auf Kosten der Demokratie, die im Interesse der jeweiligen Selbstbehauptung auf nationaler Ebene die Entstehung einer europäischen Gesamtidentität und Souveränität zu verhindern weiß. Inhaltlich ist es hauptsächlich eine Wirtschaftsgemeinschaft für gemeinsame Profite mit gemeinsamer Währung, aber nur fragmentarischer gemeinsamer Finanz- und Wirtschaftspolitik und ohne gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik. Dieses Monstrum kann nur funktionieren, solange die Profiterwartungen oben und unten befriedigt werden. Denn die Mischung aus Erwartung von Profit für alle bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Interessen der nationalen politischen Klassen macht(e) die EU attraktiv und ermöglichte die neue Art europäischer Expansion.

II. Folgen

Europas Expansivität zeitigte Folgen (1) in Europa selbst und (2) weltweit in den ehemaligen Übersee-Kolonien. Dazu kommt als aktuelle Folge (3) die Frage, wie wir uns zu dieser Expansivität und ihren Folgen stellen.

1. In Europa wurde 2007 mit Bulgarien und Rumänien erneut (nach Griechenland 1981 und Zypern 2004) die kulturelle Grenze zwischen Lateineuropa und der orthodoxen Welt überschritten. Die Beitrittskandidaten Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien gehören ebenfalls zur Letzteren und bringen zum Teil außerdem muslimische Minderheiten mit. Die Türkei war nie vollständig laizistisch und wird derzeit zum islamischen Staat umgeformt. Ob der Islam aber tatsächlich zu Europa gehört, wie uns vollmundig versichert wurde? Falls

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

das ernst gemeint sein sollte, wird es noch erhebliche Anstrengungen von beiden Seiten brauchen. Doch auch das Verhältnis zu den Ländern orthodoxer Tradition ist nicht unproblematisch, nicht zuletzt im Hinblick auf die Verletzung von Interessen Russlands, die man zwar ablehnen kann, aber nicht ignorieren sollte wie im Falle der Ukraine. Diese erstrebte seit 2004 die Mitgliedschaft (übrigens bereits unter Janukowitsch von der russlandnahen *Partei der Regionen*) und ist seit 2009 offizieller Partner der EU. Aber das ostukrainische Industriegebiet ist nun einmal mehrheitlich russisch geworden und die 2014 von Russland annektierte Krim wurde der Ukraine erst 1954 in einem zweifelhaften Verfahren „geschenkt“. Vorher war sie nicht ukrainisch gewesen⁹!

Geopolitisch ließe sich die leichtfertige Ostexpansionspolitik der EU allerdings dadurch rechtfertigen, dass Europa keine „natürliche“ Ostgrenze hat. Das ergibt sich aus seinem Charakter als bloßes historische Konstrukt und Produkt seiner eigenen Expansion. Grenzen wie der Bosphorus oder der Ural sind bloße Konventionen und durchaus variabel. Im Mittelalter lag die Grenze zum Beispiel am Don (Tanaïs). Auf der anderen Seite ist Sibirien so stark russifiziert und damit in einem weiteren Sinn auch europäisiert, dass man Europa als politisch-kulturelle Einheit auch bis zum Pazifik reichen lassen könnte – oder Russland bis zum Atlantik. Das eine wie das andere war und bleibt freilich ein Alptraum für Russen wie für Lateineuropäer.

Es gibt hier keine Lösungen von zwingender Eindeutigkeit, sondern verschiedene Möglichkeiten, die mit viel Taktgefühl ausgelotet werden müssen. Dem Historiker erscheint im Hinblick auf eine gemeinsame europäische Identität sogar eine Selbstbeschränkung der EU – oder einer engeren EU – auf Lateineuropa als eine sinnvolle Lösung. Damit könnte die überfällige Umgestaltung zu einem echten, demokratisch legitimierten Bundesstaat einhergehen. Eine weitere EU mit dem Umfang des Europarats würde sie sinnvoll als Freihandelszone ergänzen. Denn der Wirtschaft kann der Markt – nicht zuletzt der Arbeitsmarkt – nicht groß genug sein.

9 Online unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Krim> (Letzter Aufruf: 17.01.2018).

2. Weltweit hat die europäische Übersee-Expansion ebenfalls komplexe und widersprüchliche Ergebnisse hinterlassen¹⁰. Sie kulminieren in der deprimierenden Erfahrung, dass sich bei geänderten Machtverhältnissen, insbesondere nach der Dekolonisation, Opfer umgehend in Täter zu verwandeln pflegen. Eine beliebte These der so genannten Post-Kolonialisten besagt aber, dass die politische Dekolonisation heute weitgehend abgeschlossen und die ökonomische in vielen Ländern auf gutem Wege sei, die kulturelle aber noch nicht einmal begonnen habe. Denn Europa habe die Welt gezwungen, europäisch zu denken, und diesen verwerflichen Zustand durch irreversible Verbreitung seines Bildungssystems festgeschrieben¹¹.

2.1. In der Tat, wenn die Dekolonisation runde zweihundert souveräne Staaten hinterlassen hat, so handelt es sich dabei dem Anspruch nach um moderne Nationalstaaten europäischen Zuschnitts und überwiegend auch um demokratische Verfassungsstaaten europäisch-amerikanischen Musters. Darüber hinaus hat der Westen eine globale Staaten-, Völkerrechts- und Menschenrechtsgemeinschaft geschaffen, die in der UNO organisiert ist. Sie garantiert auch schwachen Staaten ihre Existenz, die früher längst von stärkeren erobert worden wären, und ermöglicht vertragliche Regelung für die verschiedensten globalen Probleme (Polargebiete, Meere, Klima). Dekolonisation stellt sich so als Triumph festgeschriebener politischer Kultur Europas dar!

Genauer besehen stellt sich allerdings heraus, dass erstens durchaus Verbindungen mit einheimischen Traditionen vorliegen, etwa was das Rechtsverständnis in China oder in islamischen Ländern angeht. Zweitens herrscht häufig traditionelles Sozialverhalten vor, das dem westlichen Staatsmodell widerspricht, sich aber durchsetzt, weil die Bestandteile des Letzteren während und nach der Kolonialherrschaft nur oberflächlich implementiert werden konnten. Eine effiziente und halbwegs integre Bürokratie, ein politisch neutrales Militär und eine lebendige

10 Reinhard, Wolfgang, Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015, München, 2016.

11 Chakrabarty, Dipesh, Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton University Press Group, 2000.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Zivilgesellschaft mit einer unabhängigen Presse sind eher die Ausnahme als die Regel. Zwar bringen auch neue Staaten ihren Nationalismus als Integrationsklammer hervor, aber oft genug erweisen sich rivalisierende ethnische Identitäten als stärker, bis hin zum Bürgerkrieg. Staatsversagen bis zum Extremfall gescheiterter Staaten ist die Folge. Unter solchen Umständen sehen die Bürger ihre Interessen bei Klientelverbänden und Ethnien besser aufgehoben. Politische Systeme, die auf solchen Nahverhältnissen beruhen, gelten dem Westen freilich schlicht als korrupt.

Wenn Indien heute dennoch eine halbwegs funktionierende Demokratie ist, dann infolge der langdauernden und verhältnismäßig intensiven Kolonialherrschaft Großbritanniens über ein Land, wo sie sich lohnte. Teile Indiens und andere Kolonien, die sich weniger lohnten, wurden stattdessen auf vormoderne Weise verwaltet, das heißt mit möglichst wenig Einsatz von Mitteln und Personal. Deshalb wurde hier auf Arrangements mit einheimischen Eliten zurückgegriffen, seien es traditionelle wie indische Fürsten oder nigerianische Emire, seien es moderne aus Juristen und Administratoren, Polizisten und Soldaten, die sich die Kolonialmächte nach Bedarf neu schufen. Ohne indianische Verbündete keine Conquista, ohne afrikanische Lieferanten kein Sklavenhandel. Kolonialherrschaft beruhte überwiegend auf einem Bündnis der Kolonialherren mit einheimischen Eliten zur Ausbeutung der einheimischen Unterschichten. Diese Eliten konnten dann in der Dekolonisation den kolonialen Herrschaftsapparat problemlos übernehmen, mussten aber dessen Unzulänglichkeit mit Patronage-Netzwerken abhelfen.

2.2. In der Wirtschaft bietet sich ebenfalls ein wenig eindeutiges Bild. Früher wurde die nachkoloniale Wirtschaft wegen fortdauernder Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien als neo-imperialistisch oder neokolonialistisch denunziert. Die Dependenztheorie der 1970er Jahre erklärte sie sogar ausdrücklich nicht für „unentwickelt“, sondern für „unterentwickelt“, ein Zustand, der von den Kolonialherren gezielt hergestellt worden sei, als nachkoloniale Abhängigkeit weiterlebe und grundsätzlich nicht überwunden werden könne. Allenfalls durch Revolution ließe sich Abhilfe schaffen. Das freilich ist rassistischer Unsinn, weil unterstellt wird, die Einheimischen seien grundsätzlich nicht fähig,

Wolfgang Reinhard

sich gegen Kolonialherrschaft zu behaupten. In Wirklichkeit wurden die Kolonien durchaus entwickelt, aber einseitig im Interesse ihrer Herren vor allem als Lieferanten von Rohstoffen für den Export. Auf Exporthäfen zentrierte Eisenbahnnetze haben diesen Sachverhalt bis heute konserviert.

In diesem Rahmen hat es aber erstens vielerorts beachtliche indigene Wirtschaftsaktivitäten gegeben. Zweitens geht wirtschaftliche Fehlentwicklung gar nicht so selten auch auf Entscheidungen der nachkolonialen unabhängigen Regierungen zurück, manchmal sogar im Einklang mit der seinerzeitigen Wirtschaftswissenschaft. Rohstoffproduktion konnte im Rahmen internationaler Arbeitsteilung durchaus als sinnvoll gelten, vor allem bei hohen Weltmarktpreisen – man denke an die erdölfördernden Länder. Auf der anderen Seite folgte forcierte Industrialisierung bei Vernachlässigung der Landwirtschaft dem Vorbild sozialistischer Staaten. Drittens und vor allem, hat die seitherige Entwicklung die pauschale Dependenztheorie falsifiziert, denn inzwischen haben ehemalige Kolonien in Asien, Lateinamerika und neuerdings angeblich sogar in Afrika einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Man wird das Problem also länderweise angehen müssen. Allerdings gibt es Staaten wie Niger oder Tschad, die deswegen arm sind, weil sie auf willkürlich und sinnlos abgegrenzte Kolonien zurückgehen. Föderale Solidarität, die dem abhelfen könnte, ist aber nicht nur in Europa unterentwickelt.

Die heutige ungleichgewichtige Weltwirtschaft ist also nur noch zum Teil eine Erbschaft des Kolonialismus. Wichtiger ist die aktuelle wirtschaftliche Globalisierung, die allerdings indirekt ebenfalls auf die europäische Expansion zurückgeht. Die Verschiebung der Produktion in Niedriglohnländer mit geringeren Sicherheits- und Umweltstandards, die Verschiebung der Gewinne in Niedrigsteuerländer, die Billigflaggen für Tanker- und Containerflotten, die neue Massensklaverei auf Baustellen, in Haushalten und Bordellen sowie die Steuerparadiese mit ihren Briefkastenfirmen für die Reichen mögen bisweilen an Verhältnisse anknüpfen, die auf die Kolonialzeit zurückgehen. Sie sind aber deswegen nicht spät-kolonial oder neo-kolonial, sondern ebenso wie die selbstreferentielle Finanzwirtschaft, die jeden Bezug zur Produktion und

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

zum Handel verloren hat, Phänomene einer anderen Welt, der globalen, die den Kolonialismus längst hinter sich gelassen hat.

2.3. Freilich ist die Wirtschaftskultur der kapitalistischen Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte neben der politischen Kultur des modernen Staates einer der wichtigsten Exportartikel der europäischen Expansion gewesen. Damit hängt ganz selbstverständlich auch der Export von Naturwissenschaft, Medizin und Technologie zusammen. In der sind herausragende Informatiker, Chinesen bauen bessere Hochgeschwindigkeitszüge als Deutsche und Franzosen, von japanischen oder koreanischen Autos ganz zu schweigen. Daraus ergab sich massiver sozialer Wandel. Denn neben den vernachlässigten Bauernmassen entstanden weltweit ganz neue Gruppen westlichen Zuschnitts: Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Ingenieure und Ärzte, Rechtsanwälte und Berufspolitiker, Beamte und Polizisten.

Das ganze Verhalten wurde westlich. Der Vierundzwanzigstundentag, die Siebentagewoche und der Gregorianische Kalender regulieren weltweit das Leben. Man trägt westliche Kleidung; auch unter bunten afrikanischen Roben oder islamischen Männer- und Frauengewändern, die sich behauptet haben, dürfte westliche Unterwäsche zu finden sein. Man kommuniziert perfekt auf westliche Weise. Das Smartphone regiert das Leben der Ostasiaten noch ausschließlicher als dasjenige unserer Mitbürger. Ein Fernseher findet sich in der kleinsten Hütte und es gibt kein Land auf der Welt, wo nicht leidenschaftlich Fußball gespielt würde. Hunderte von Millionen Menschen weltweit sprechen Englisch als Mutter- oder Zweitsprache. In bescheidenerem Umfang gilt das auch vom Spanischen, Portugiesischen, Französischen und Russischen, denn auch die Sprecher dieser Sprachen sind größtenteils nicht mehr Spanier, Portugiesen, Franzosen und Russen. Kurzum, die Globalisierung läuft auf eine Weltkultur europäisch-amerikanischen Ursprungs hinaus, deren Dekolonisation in der Tat noch nicht einmal begonnen hat.

Ganz einfach deswegen, weil eine kulturelle Dekolonisation nicht nötig und außerdem nicht einmal möglich ist. Kulturwandel lässt sich nämlich nicht rückgängig machen. Alle Völker, die in der europäischen Expansion von Europa und Amerika dominiert wurden, haben sich demgemäß die

Kultur ihrer Herren längst *angeeignet* und im Extremfall diese Herren sogar ihrer Kultur *enteignet*. Ein paradigmatischer Fall ist die englische Sprache, die eben nicht nur in ihrer amerikanischen Gestalt ein universales Kommunikationsmittel geworden ist, sondern darüber hinaus auch im Plural nationaler Varianten auftritt. In Indien gibt es sogar Handbücher für Sprecher des indischen Englisch, die sie mit der merkwürdigen Art und Weise vertraut machen sollen, wie Engländer mit dieser Sprache Indiens umgehen¹². Historisch entspricht das Ganze dem Verhältnis Europas zur Antike. Viele Europäer sprechen heute eine Sprache, die ganz oder teilweise auf das Lateinische zurückgeht, ihre Rechtskultur ist vom Römischen Recht geprägt und der römische Katholizismus ist immer noch die Religion vieler von ihnen. Lateineuropa ist also, wie ich betont habe, heute noch eine kulturelle Tatsache. Aber niemand fühlt sich deswegen noch von Rom kolonisiert, denn die Kultur der Römer ist längst unser Eigentum geworden. So ist auch die europäische Herkunft der heutigen Weltkultur nur noch von historischem Interesse.

Dazu kommt, dass sie, genauer besehen, viel weniger einheitlich ausfällt als oft angenommen wird. Sie hat nämlich kreativ eine Fülle hybrider Verbindungen mit Vorgängerkulturen hervorgebracht und bringt solche weiter hervor. Bollywood ist nicht Hollywood. Und zwischen Marokko und Japan ist nach wie vor eine Fülle nicht-europäischer Schriftsysteme im Gebrauch. Der muslimische Mondkalender prägt mit dem Ramadan immer noch das Leben von Millionen. Die Ostasiaten essen immer noch mit Stäbchen. Denn in „Küche und Kirche“ ist die kulturelle Vielfalt immer noch besonders ausgeprägt und wirkt inzwischen längst auf den Westen zurück. Auch das evangelische Christentum bietet inzwischen weltweit ein buntes Bild und sogar das katholische ist zumindest in der Praxis weniger monolithisch als Rom das haben möchte.

3. Die Falsifizierung des ziemlich ideologischen Weltbildes der Post-Kolonialisten lässt aber immer noch die Frage offen, wie wir uns zur Hinterlassenschaft unseres Kolonialismus stellen müssen. Denn die weltweite asymmetrische Verteilung von Entwicklung, Wohlstand und

12 Nihalani, Paroo/Tongue, R. K./Hosali, Priya/Crowther, Jonathan, *Indian and British English: A Handbook of Usage and Pronunciation*, 2. Aufl., OUP, Delhi, 2004.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Macht gilt zu Recht als Ärgernis. Zwar ist der Lebensstandard insgesamt fast überall gestiegen, obwohl immer noch Menschen hungern. Doch es sind deutlich weniger geworden. Und wir sollten nicht übersehen, dass selbst die aktuelle Flüchtlingswelle bereits einen gewissen Wohlstand und die Teilnahme an der Weltkultur voraussetzt. Wirklich Arme, die am Verhungern sind, können keine Schleußer bezahlen. Und die Anschauung vom Wohlstand des Westens, den das Fernsehen bietet, dürfte einen wichtigen Migrationsimpuls darstellen – wie einst das West-Fernsehen in der DDR.

Nun ist die globale Ungleichheit zwar nicht ohne Beteiligung Europas zustande gekommen, aber nicht restlos durch sein schuldhaftes Verhalten. Denn im kausalen Sinn *an etwas schuld sein*, schließt keineswegs automatisch moralische Schuld ein. Der pauschale Antagonismus von Kolonialherren als bösen Tätern und Kolonisierten als guten Opfern ist empirisch unzutreffend. Haben uns doch gerade die Post-Kolonialisten gelehrt, wie wirklichkeitsfremd binäre Gegensätze sein können. Geschichte ist selten schwarz-weiß, sondern meistens grau in grau, weil sich das komplexe Geflecht von Ursachen und Wirkungen sich schon bei begrenzten historischen Sachverhalten kaum einmal endgültig entwirren lässt. Deswegen ist der pauschale Hass anderer Völker auf die Europäer ebenso unangebracht wie die pauschale Zerknirschung, die neuerdings auch Deutsche angesichts ihrer Kolonialgeschichte befällt. Dennoch können nicht-pauschale Zerknirschung und Entschädigung in klar umschriebenen Fällen durchaus am Platz sein, zum Beispiel für die deutschen Kriegsverbrechen in Namibia 1904-08¹³. Doch gerade ein solcher Schritt sollte gleichzeitig die Vergangenheit durch Blick auf eine bessere Zukunft überwinden. Die Menschheit hat zu diesem Zweck das Verzeihen, das Vergessen und die Versöhnung erfunden.

Die wissenschaftliche und die moralische Aufarbeitung der Geschichte sind zwar ebenso wenig vollständig voneinander zu trennen wie beide von der geschichtspolitischen Verwertung ihrer Ergebnisse. Aber im Gegensatz zu

13 Kößler, Reinhart/Melber, Henning, Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung, Brandes & Apsel, Frankfurt am Main, 2017.

Wolfgang Reinhard

Wissenschaft und Moral richtet sich Geschichtspolitik nach den jeweiligen Interessen und Machtverhältnissen und wird dadurch fragwürdig. Dabei spielt die mediale Deutungshoheit eine beträchtliche und nicht selten unglückliche Rolle. Das wird ihr durch sprachliche Verwirrung erleichtert. Vielleicht hat sie diese sogar selbst herbeigeführt.

Vergeltung und Rache sind zwar schlimme Dinge, aber wenigstens klare und ehrliche Kategorien im Gegensatz zur sonst auf diesem Gebiet blühenden, verwirrenden verbalen Falschmünzerei.

Bereits Gerechtigkeit ist problematisch, denn wen soll man zum Beispiel für die deutschen Verbrechen in Namibia vor Gericht stellen: die Bundeskanzlerin oder die Nachkommen des damals kommandierenden Generals von Trotha oder die Unternehmer, die Firmen übernommen haben, die damals beteiligt waren, oder die Farmer, die ihr Eigentum im guten Glauben geerbt oder gekauft haben?

Dennoch, wenn der angerichtete Schaden klar ist, kann man Schadenersatz verlangen und leisten. Wiedergutmachung hingegen ist schlicht unmöglich, denn Böses lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen und einfach mit gutem Willen durch Gutes ersetzen.

Entschuldigung ist eine freundliche rituelle Metapher, wenn man jemandem auf die Zehen getreten ist. Aber bereits die ständigen Entschuldigungen der Zugbegleiter der Deutschen Bahn sind ebenso absurd wie peinlich. Erstens sind diese Leute persönlich an nichts schuld und zweitens kann man sich nicht selbst von Schuld befreien, wie es das Wort beansprucht. Das gilt auch für die zahlreichen politischen Entschuldigungen, die seit den 1990er Jahren mit päpstlicher Beteiligung Mode wurden, weil sie nichts kosteten.

Was ehrlicherweise zu tun wäre, ist sich analog zur christlichen Erbsündenlehre daran zu erinnern, dass man ohne eigene Schuld Erbe von Verbrechern oder von deren Mitschuldigen geworden ist, daraufhin unter politischem Druck oder vielleicht sogar freiwillig die Verantwortung dafür zu übernehmen, um Vergebung zu bitten und sich den üblichen finanziellen Schadenersatzforderungen zu stellen und zwar mit dem Ziel Versöhnung.

Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Zum biblischen Modell, meines Wissens schon im Alten Testament, gehört es allerdings, dass diese Vergebung auch gewährt wird; ihre Verweigerung ist in der Bibel nicht vorgesehen. Politisch ist sie freilich noch nie gewährt worden und kann auch nicht gewährt werden, denn niemand hat den Mut, die Verantwortung für einen solchen Schritt zu übernehmen.

Die einzige Ausnahme, die ich kenne, sind die polnischen Bischöfe mit ihrem Brief an die deutschen vom 18. November 1965, der den Satz enthielt: *Wir vergeben und bitten um Vergebung*. Bezeichnenderweise wagten die deutschen Bischöfe aus geschichtspolitischen Rücksichten auf die so genannten „Heimatvertriebenen“ keine entsprechende Antwort¹⁴!

Unter solchen Umständen muss unsere gut gemeinte, geradezu beflissene Erinnerungskultur auf Frustration hinauslaufen und unausweichlich neue Ressentiments aufbauen. Der einzige Ausweg für beide Seiten besteht in der banalen Bereitschaft zu vergessen; denn auch das Vergessen ist eine Kulturleistung unseres Gehirns. Selbstverständlich darf man es Opfern nicht zumuten und Tätern nicht gestatten. Vielleicht gilt das auch noch für deren Kinder. Doch wie steht es mit den Enkeln, den Urenkeln und noch späteren Generationen? Möglicherweise ist es keine Entweihung, sondern eine erfreuliche Symbolisierung des Vergessens, wenn Kinder in Freiburg unbefangen auf der Gedenkstätte für die zerstörte Synagoge spielen. Guldborg Chemnitz, die gegen die Ausbeutung durch die Fischer der EU für die Unabhängigkeit Grönlands kämpfte, hat zu Recht gesagt: *If we ever remember we never get peace*¹⁵.

Zwar ist es auf den ersten Blick das Geschäft der Historiker, die Erinnerung wachzuhalten. Aber nicht nur. Schon Goethe hatte weiter geblickt: *Geschichte schreiben ist eine Art sich das Vergangene vom Halse zu schaffen*¹⁶ statt sie als nicht aufgearbeitete Last weiterzuschleppen.

14 Online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Hirtenbrief_der_polnischen_Bischoefe_an_ihre_deutschen_Amtsbrueder (Letzter Aufruf: 17.01.2018).

15 Braukmüller, Heide, Grönland – gestern und heute. Grönlands Weg der Dekolonisation, 3. Aufl., Verlag Dr. Reinhard, Leer, 1998, Seite 457.

16 Goethe, Johann Wolfgang von, Maximen und Reflexionen (Werke 12), C.H. Beck, München 1981, Seite 319.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 233 (2016) Carla Manzanos
Movement, Security and Media
- C 234 (2016) Rike Sohn
EU environmental policy and diplomacy from Copenhagen to Paris and beyond
- C 235 (2016) Ludger Kühnhardt
Maturing beyond Cotonou: An EU-ACP Association Treaty for Development.
A proposal for reinventing EU relations with the African, Caribbean and Pacific (ACP) Group of States
- C 236 (2016) James D. Bindenagel
America and Europe in the Twenty-first Century
- C 237 (2016) Matthias Vogl/Rike Sohn
Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa. ZEI
Forschungskooperation mit dem West Africa Institut (WAI) von 2007 bis 2016
- C 238 (2016) Matteo Scotto
Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). An Insight into
Transatlantic Relations and Global Context
- C 239 (2017) Michael Gehler
Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU-
und NATO-„Osterweiterungen“ 1989-2015 im Vergleich
- C 240 (2017) Tapio Raunio/Matti Wiberg
The Impact of the European Union on National Legislation
- C 241 (2017) Robert Stüwe
EU External Energy Policy in Natural Gas: A Case of Neofunctionalist Integration?
- C 242 (2017) Ludger Kühnhardt
Weltfähig werden. Die Europäische Union nach dem Biedermeier
- C 243 (2017) César Castilla
Perspectives on EU-Latin American Cooperation: Enhancing Governance, Human
Mobility and Security Policies
- C 244 (2017) Joe Borg
The Maltese Presidency of the European Union 2017
- C 245 (2018) Ludger Kühnhardt
The New Silk Road: The European Union, China and Lessons Learned
- C 246 (2018) Teodora Lađić
The Impact of European Integration on the Westphalian Concept of National
Sovereignty
- C 247 (2018) Wolfgang Reinhard
Die Expansivität Europas und ihre Folgen

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-88-6